

## Reagan, Realpolitik und Rechtsstaat

80 W33  
VON JOSEF JOFFE

Gerade ist in Washington ein amerikanisches Drama zu Ende gegangen, das in Europa nur wenige verstanden haben. Die Bühne war ein Untersuchungsausschuß des Kongresses, das Publikum die gesamte Nation. Die *Dramatis personae* waren zwar nicht aus dem Stoff, aus dem man große Helden und Schurken macht: diverse Teppich- und Waffenhändler mit orientalischen Namen, ein obskurer Oberst, ein gesichtsloser Präsidentengehilfe im Admiralsrang, Außen- und Verteidigungsminister in kläglichen Nebenrollen. Und doch stand Washington fast drei Monate lang still – während die vormittäglichen Seifenoper von den Bildschirmen verdrängt wurden und selbst die Taxifahrer stundenlang dem echten Drama lauschten, das unter dem Titel *Irangate* in die amerikanische Geschichte eingegangen ist. Der Vorhang ist gefallen, Reagan gerettet, weil seine beiden Diener Poindexter und North die Verantwortung übernommen haben.

Den Prolog hätte der griechische Dichter Pindar vor 2500 Jahren schreiben können: „Wie einfach ist es doch für Menschen minderen Gewichts, den Staat zu erschüttern – wie schwer, ihn wieder aufzubauen.“ In Wahrheit ging es bei diesem demokratischen Drama nicht um das Geisel-Waffen-Geschäft mit dem Iran und um eine Handvoll Dollar für die nicaraguanischen Contras (was der Kongreß seinerzeit mehrfach verboten hatte). Es ging um eine 200 Jahre alte Verfassungstradition – mithin um das ewige Duell im Dreieck zwischen Präsident, Parlament und Justiz, das in dieser gesetzlich verankerten Radikalität in keiner anderen westlichen Demokratie zu finden ist. In der Bundesrepublik hätte ein *Irangate*-Spektakel nicht stattfinden können. Hier sind Partei und Parlamentsmehrheit der *Verbündete* der Exekutive; Untersuchungsausschüsse gehorchen der Mehrheit; die Regierungsfraktion hat keinerlei Interesse daran, die Rechte der Legislative über das Überleben ihres Kanzlers zu stellen.

Nicht so im amerikanischen System, wo die Verfassungsväter ihren Montesquieu nicht nur gelesen, sondern auch ernstgenommen hatten. In den *Federalist Papers*, dem immer noch besten Kommentar zur ältesten Verfassung der Welt (die am 17. September ihren 200. Geburtstag feiert), lautet die Grundfrage: Wie kann die Macht, deren Ausdehnungsdrang kein Ende kennt, „wirksam daran gehindert werden, die ihr gesetzten Grenzen zu überschreiten“? Die Antwort war: Der „innere Mechanismus der Regierung“ muß „so konstruiert werden, daß ihre einzelnen Teile ... sich gegenseitig in Schach halten“. Freilich waren sich auch die Gründerväter, die nichts mehr fürchteten als die „Tyrannei der Mehrheit“, darüber im klaren, daß die ewige Blockade der Macht nicht der Staatsweisheit letzter Schluß sein

konnte, und so dekretierten sie: „Eine starke Regierung ist unerlässlich für die Wahrung der Freiheit.“ Dieser Konflikt zwischen der Machtfülle des Präsidenten und den *checks and balances* bestimmt das Handeln einer Nation, die als Zusammenschluß von 13 Kolonien begann und heute das Schicksal der Welt in ihren Händen hält.

Ein Jahrhundert lang ging es gut, doch da beherrschte die britische Navy den Atlantik und sorgte für die Sicherheit, derweil Europas Abkömmlinge ungestört den nordamerikanischen Kontinent erobern konnten. Krieg und Gleichgewichtspolitik blieb das garstige „Spiel der Fürsten“, bei dem sich Amerika nicht die Hände beschmutzen mußte. Um die unwillige Nation gegen das Deutsche Reich einzuspannen, mußten schon Wilson und Roosevelt zu Mitteln greifen, die der Demokratische Vorsitzende des *Irangate*-Ausschusses, Senator Daniel Inouye, seinerzeit gewiß mit einem ähnlichen Fluch belegt hätte: als Ausbund der „Tücke, Doppelzüngigkeit und Mißachtung des Rechtsstaates“.

Daß Recht gebrochen wurde, läßt sich kaum bezweifeln. Doch besagt dieses Urteil noch nichts über das Dilemma einer demokratischen Supermacht, die in einer Welt agieren muß, wo Recht und Rechtschaffenheit allenfalls ein Ideal darstellen und die Totalitären sich an keine anderen Regeln halten als ihre eigenen. Überdies kennt die Weltpolitik kein Weltgericht, wo eine unparteiische Instanz über Recht und Unrecht entscheidet, geschweige denn die Sünder kraft überlegener Macht in die Schranken weist. Die Europäer, die nicht das Glück hatten, einen fast jungfräulichen Kontinent erobern zu dürfen, haben schon vor Jahrhunderten gelernt, daß innerhalb eines Staates (wo das Gesetz der Moral zum Sieg verhilft) andere Regeln gelten als zwischen den Staaten; davon zeugen solch klassische Begriffe wie „Realpolitik“ und „Staatsräson“.

Amerika aber hat inzwischen das Pech, Demokratie und Supermacht zugleich zu sein. Das eine zu wollen und das andere zu müssen, ist die Tragik einer Nation, die sich einst als der „Welt beste Hoffnung“ (Jefferson) verstand, den Handeln der Welt (wo die Khomeinis die Regeln mitbestimmen) aber nicht mehr entfliehen kann. Ist die demokratische Supermacht dazu verdammt, ihr äußeres Handeln dem inneren Gesetz unterzuordnen? Tocqueville, der immer noch beste Kenner Amerikas, hatte auch hierzu die Antwort: „Es reicht nicht aus, daß eine Regierung den Willen oder auch die Macht besitzt, Gewalttätigkeiten und Unrecht zu begehen; die Gepflogenheiten, Ideen und Leidenschaften der Zeit müssen es erlauben.“ Indem er die Tat verdammt und dem Präsidenten verzieht, ist der Kongreß einem klaren Votum über die Befindlichkeit der Nation ausgewichen.